

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung
in allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen wirtsch. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbarn-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hierzu Bestelgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

insetate nur 8 Pfg.
Answärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Germania-Zeitung.
Anzeigen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabat.
7. Abonnements
nach Vereinbarung.
Telegraph-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 19.

Freitag, den 21. Januar 1913.

30. Jahrg.

Vor dem Friedensschluß. Die türkische Nationalversammlung erklärt sich für den Frieden.

Der türkische Ministerrat hat, um die Last der Verantwortung einigermaßen zu verteilen, seine Entscheidung über die Kollektivnote von einer Nationalversammlung, oder, wie man es auch nennen kann, einem „Rat der Ältesten“ befähigen lassen. Zu der Versammlung waren hundert Einladungen ergangen, und zwar sämtliche an hochangesehene Mohammedaner. Vor der Eröffnung der ratgebenden Versammlung empfing der Sultan die Prinzen Fahreddin und Abdul Madjid und hierauf in deren Gegenwart den Großwesir und den Scheich-ul-Islam. Die Prinzen wohnten in ihrem an den Verhandlungssaal anstoßenden Salon den Beratungen bei. Der Großwesir erklärte die Verhandlungen im Namen des Sultans für eröffnet. Sodann verlas der Generalsekretär des Ministerrats die Kollektivnote der Völkervereinigung in türkischer Uebersetzung, worauf der Kriegsminister ein Bild der Lage der Armee entwarf. Ihm folgte der Finanzminister mit einer ausführlichen Darstellung der finanziellen Lage. Sodann verlas im Namen des Ministers des Meisters, der durch eine Erklärung an der Teilnahme verhindert war, der Generalsekretär des Ministerrats ein Exposé über die äußere Lage. Daran schloß sich sofort eine Erörterung, die einen lebhaften Verlauf nahm. Sämtliche Redner, mit Ausnahme eines einzigen, billigten den Standpunkt der Regierung. Die Versammlung nahm die von der Regierung gegebenen Aufklärungen zur Kenntnis und sprach sich für die Annahme der Kollektivnote aus. Die Regierung wird den Mächten antworten, daß sie ihre Ratschläge annehme, und, von ihrem guten Willen überzeugt, die Verhandlungen, die türkische Regierung finanziell und moralisch zu unterstützen und für die Erhaltung der dem Osmanischen Reich verbleibenden Gebiete einzustehen, Kenntnis nehme.

Berlin, 22. Jan. In Paris haben neuerdings Besprechungen zwischen den an türkischen Geschäften interessierten französischen und deutschen Finanzinstituten stattgefunden. Die Verhandlungen haben zu konkreten Vorschlägen an die türkische Regierung geführt, durch die die Bedürfnisse der laufenden Staatsverwaltung gedeckt werden sollen. Die Mitwirkung einer englischen Gruppe ist in Aussicht genommen.

Württembergischer Landtag.

Der Schluß der Generaldebatte
ist am Mittwoch erfolgt. Nach einer längeren Ausführung des Justizministers, in welcher er sich hauptsächlich gegen die Anträge seines Ressorts wendete, welche ihm den Vorwurf mangelnder Vertretung ihrer Interessen zu unrecht gemacht hätten, erhielt der Abg. Hermann (Soz.) das Wort. In einer längeren wohl vorbereiteten Rede nahm derselbe Stellung zu den Angriffen der vorangegangenen Redner gegenüber der Sozialdemokratie. Er vertret den revisionistischen Standpunkt nicht ohne Geschick, sorgfältig bemüht, dem Radikalismus seine Angriffspunkte zu geben. Wirksam waren insbesondere seine Ausführungen gegen die Schwächung der Regierung in der Kreisregierungsfrage. Der Redner ironisierte den Ministerpräsidenten mit seinem erst vor Jahresfrist an den Landtag gerichteten Wort: „Sien Sie nicht zu konservativ.“

Der Ministerpräsident ging auf eine Reihe zahlreicher Punkte des Eisenbahnressorts ein und schloß wiederum mit der Behauptung, die Regierung habe sich nicht geübt in der Kreisregierungsfrage. In politischen Kreisen besteht eine andere Auffassung und die Ausführungen des Ministerpräsidenten auf die Rede des Abg. von Gauß, der klar die Schwächung der Regierung belächelt hatte, wurde allgemein als ministerielle Berlegenheitsrede empfunden und belächelt.

Der Abg. Württemberg (D. P.) schloß die Debatte mit einigen kurzen Ausführungen über Einzelpunkte und polemisierte geschickt gegen die Entablemung der Sozialdemokratie. Sämtliche Parteien verzichteten auf Grund einer Beiprochung im Seniorenkongress auf weitere Ausführungen. So konnte die Staatsdebatte früher als in früheren Jahren schon am 9. Tage schließen. Sie hat die politische Lage beleuchtet und geklärt. Sie hat festgestellt, daß es der Regierung an Initiative zu Reformen in dem Augenblick fehlt, in welchem sie nicht mehr Angst zu haben braucht, einem reformfreundigen Mehrheitsvotum zu begegnen.

Die Wählerwahl hat jetzt Gelegenheit zu erkennen, auf wen Verlaß ist und auf wen nicht.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 22. Januar.
Bei der heutigen Fortsetzung der Generaldebatte zum Etat gab Vizepräsident v. Sien (Z.) die Erklärung ab, der Kultusminister habe bei Erwähnung der finanziellen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche da-

von gesprochen, sämtliche Parteien seien darin einig, daß die Ausscheidung nur zur Bewahrung einer Rente führen könne. Davon habe aber weder er noch einer seiner politischen Freunde gesprochen. Von dem Zentrum sei die Frage vielmehr ausdrücklich offen gelassen worden. Kultusminister v. Habermaas erwidert, er habe nicht von den Parteien, sondern von den Beteiligten gesprochen, die sich mit der Frage der Ausscheidung des Kirchenguts eingehend zu befassen hätten. Justizminister v. Schmidtlin spricht die Genehmigung aus über die Ausführungen des Abgeordneten Gauß gegen das Hüfischterwesen, dessen Einschränkung eine alte Sorge des Justizministeriums sei. Die Fälle der sogenannten erfolglosen Untersuchungen seien von 1006 im Jahre 1908 auf 815 im Jahre 1911 zurückgegangen. Zur Begründung der neuen Amtsrichterstellen verweist der Minister darauf, daß die jetzigen Amtsrichter ein Durchschnittsalter von 37 Jahren erreichen, bis sie Amtsrichter mit einem Gehalt von 2800 Mark werden. Die 25 neuen Amtsrichterstellen seien das Mindestmaß dafür, was geschehen könne, um mit der Beilegung des Hüfischterwesens den Anfang zu machen. (Beifall.)

Abg. Hermann (Soz.) bemerkt gegenüber der Regierung, daß von dem sozialdemokratischen Zuwachs von nahezu 28 000 Stimmen bei den Wahlen nach Ausscheidung der Hochstädte allein 22 500 auf das übrige Land entfallen. Es handele sich bei den Wahlen lediglich um einen beschränkten Mandatserwerb der Rechten, doch sei zuzugeden, daß die Herrschaft des schwarzblauen Blocks in diesem Hause ausgerichtet worden sei. Den Kommandoblat hätten allerdings die Konservativen nicht. Der Minister selbst habe die Erfahrungen mit der Verhältniswahl beim Gemeindevahlverfahren als gut bezeichnet. Die Sozialdemokratie verlange das Proporzverfahren für das ganze Land gerade unter den Voraussetzungen, die in den Gemeinden beständen. Der Redner schildert unter lebhafter Unterbrechung des Zentrums die Kanzelagitation für das Zentrum. Der Minister habe in treuherziger Weise, die ihm für solche Zwecke zur Verfügung stehe, versichert, daß ihm von einer Aenderung des Regierungsprogramms nichts bekannt sei. Die Stellung der Regierung zur Aufhebung der Kreisregierungen habe wieder einen Frontwechsel offenbart, der vergeblich zu werden versucht werde. (Sehr richtig! links). Die Sozialdemokratie werde den reaktionären Kurs des Ministeriums des Innern auf das schärfste bekämpfen. (Zurufe rechts). Der Redner bekämpft die Haltung der Regierung in einigen sozialpolitischen Fragen und in der Frage der Aufrückhaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Er bezeichnet die Erklärungen des Finanzministeriums für eine Erhöhung des Existenzminimums als einen Erfolg der Sozialdemokratie. Die Leistungen des Staats für die Kirche gehen weit über die Ertragsleistung des Kirchenguts hinaus. Die Trennung von Staat und Kirche habe sich nach dem Zeugnis der Ultramontanen selbst in Genf und anderswo bewährt. Von einem Mitglied der jetzigen

Ein einziger Augenblick kann alles umgekehrt.
C. M. Wieland.

Frau Welt.

Roman von Erila Nieberg.

Stille herrschte. Die Hand der jungen, hübschen Schauspielerin lag in der ihres Nachbarn, ihre Augen starrten weitgeöffnet ins Licht — ein paar schwere Atemzüge vertieften —
Eberhard fuhr mit der Hand über die Stirn — wie im Erwachen.
Tann kam vom Klavier her eine spöttische Stimme:
„Und bleibst eurer Sinne Meister — — —“
Die Schokolade zerbrach.
Felix sprach auf. Lachend flogen seine Blicke über die noch mehr oder weniger verwirrten Gesichter.
„Na Kinder, kommt zu euch!“
Er stellte zwei Gläser mit Sekt. Eines bot er Sidonie. Betrachte um uns das Meer der trunkenen Zecher — Sie wandte ihm langsam ihr Gesicht zu. Er sah sie an — und setzte die Gläser nieder — — —
„Göllentose du! Wie bist du schön —!“
Mit beiden Händen griff er in die Rosenschale — wie einen duftenden Regen ließ er die purpurnen Blätter über sie rieseln.
„Was hast du nur heute abend? Du schönste Teufelin! Mach uns nicht verrückt, du —!“
Sie stand regungslos — ihre Augen hingen an Eberhard —
Der sprach leise zu sich:
„Bachantini — aber nicht Frau Welt!“
Und eine Trauer war in ihm wie um Gestorbenen. — Felix hatte sich ungeniert über Bettys kalte Schüssel hergenacht.
„Kinder, langt zu! Sekt und Musik allein tut's nicht. Und wenn ihr satt seid, dann laßt uns mal ein vernünftiges Wort über die Autogeschichte reden.
Was mich betrifft, ich halt unter allen Umständen mit. Wer von euch?“
„Ich Jahr mit Brenten.“
„Ich mit Goldenberg.“ antworteten ihm zwei, als große Sportler bekannte Herren.

„Mit wem wollen Sie denn los, Hoffner?“
„Felix lachte. „Bin noch zu haben.“
„Ja, sagen Sie mal, 'nen eigenes Dings besigen Sie doch nicht, was?“
„Aber, so weit hab ich's noch nicht gebracht. Aber die gibt's doch. Die sind doch zu kriegen.“
„Nichten? Na hören Sie mal! Das ist aber 'ne riskante Waise. Sie müssen doch für alles aufkommen.“
„Na ja — a! Macht sich schon,“ sagte er leichtsin.
„Aber, wissen Sie, davon ließ ich meine Finger. Da sieht man plötzlich mit so'n Kerl dran, man weiß nicht, wie und dann — allein — nee laßt mich nicht.“
„Aber mich!“
Sidonie war der Unterhaltung mit Spannung gefolgt.
„Nimm mich mit, Felix! Ich möcht für mein Leben gern. Du's! Ja?“
Die Herren sahen sich etwas betroffen an. Es war ja allerdings eine private Sache, von einem Klub ausgehend — aber immerhin —
Sidonie begriff ihr Jögern richtig. Ein: Blutwelle ergoß sich über ihr sehr blaßes Gesicht.
„Es braucht mich ja niemand zu kennen,“ sagte sie schroff.
„Willst du, Felix?“ drängte sie.
Er lachte leichtsinnig. „Man lachte, Schönste! Wollen mal sehen, was sich machen läßt. Nein, nein,“ wehrte er ab, „so über'n Kopf wegnehmen laß ich mir die Bewilligung nicht. I den Denkel! Dich mit! Passiert was, hab ich die ganze Künstlerherde auf dem Halbe.“
„Was meinst du, Eberhard?“
„Daß Fraulein Feuren das selber wissen muß.“
„Weiß sie auch — Herr Hoffner“, gab sie spöttisch zurück. Sie kam um die Teufel herum nahe zu ihm, beugte sich über ihn. „Und wenn ich nun mitginge — und es passierte was — mir, meine ich — Was schadet das? Sie brauchen mich ja nicht mehr.“
Ein unnatürliches Feuer strahlte aus ihren Augen zu ihm nieder.
Er sah hinein in diese dunklen Sterne, an deren Glanz der Künstler in ihm sich bezauberte, aus denen er sich Ideen und Zuversicht geschöpft — mehr denn einmal.
Immer hatte sie ihn verstanden, immer war sie ihm gefolgt — im voraus Wunsch und Willen begreifend.
Und auch heute las sie ihm die Gedanken aus der Seele —
„Sie brauchen mich ja nicht mehr —“

Die schwere, heiße Tropfen fielen die Worte auf sein Herz.
„Wer hat dir das gesagt, Sidonie?“ Zum erstenmal nannte er sie da.
„Du!“ Sie antwortete ebenso leise wie er gefragt. Gleich ihm das Sie vergehend, sagte sie nach einer Pause bitter hinzu: „O, Dein Gesicht war sehr lesbar.“
Sein Blick ward schmerzhaft. Wieviel Rücksichtnehmendes in ihm lag, ahnte er nicht — Sie aber spürte es und begriff, daß in diesen Stunden das Beste, was sie an einander gehabt, zerbrochen worden.
Und nie war er ihr begehrenswerter erschienen als in den Augenblicken, da ihre Macht als Weib versagte.
„Müde bist du?“ fragte Eberhard mit einer Kopfbewegung nach der lachenden, zehenden Tafelrunde.
Sie suchte auf. Das spöttische Lächeln huschte um ihre Lippen.
„Das ist mein Leben so —“
„Warum müde ich dabei sein?“
Sie streich die schwere, dunkle Haartwelle aus der Stirn: „Ja, warum? Kenn's ein Experiment — oder wie du willst — meinetwegen eine Laune! Schöne Frauen haben alle Launen, nicht wahr? — Ja — warum solltest du's nicht wissen? — Es war doch immer so —“
Sie hatte abgebrochen, wie aus einem Traum herausgesprochen — nun lachte sie plötzlich laut und übermütig auf.
„Hat Felix dir nicht erzählt? Das ist wirklich rührend bisfret.“
In einer Sekunde war sie verwandelt. Sie zog ihn näher zum Tisch.
„Komm, tu mir Bescheid! Worauf? Ja — worauf?“
„Auf — das — Vergessen? Ja! Ja! Stof an!“
„Das Vergessen soll leben!“
Vergessen, was wir waren! Vergessen, was wir sind! Und vergessen — was sein wird —“
Sie trank mit geschlossenen Augen bis zum letzten Tropfen — Totenblat setzte sie das Glas nieder.
(Fortsetzung folgt.)

— Die Renommierköpfe. Die junge Malotta vom Montmartre, im Laden: „Haben Sie Champagnerproppen, schöne, große bide?“ „Die groß?“ „Ach, das ist schnappe, wir brauchen sie nur, um sie in den Kälteimer zu werfen, damit der Portier mehr Respekt bekommt.“

Regierung habe die Sozialdemokratie nichts anderes erwartet, als was sie von dem Minister des Innern über die Sozialdemokratie gehört habe. Allerdings hätte sie erwartet, daß ein Minister sich nicht der alleroberflächlichsten Argumente der antisozialdemokratischen Agitation bediene. (Präsident Kranz: Ich bitte doch, einem Minister gegenüber einen solchen Vorwurf zu unterlassen). Er sei gerne bereit, dafür den Beweis zu erbringen. Die gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe könne sie mit Ruhe und Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall bei der Sozialdemokratie).

Ministerpräsident v. Weizsäcker gibt Auskunft über einige die Verkehrsverwaltung betreffende Fragen. Den Verkehrsbeamten werde schon jetzt weitgehend die Möglichkeit der Teilnahme am öffentlichen Leben gewährt. Die Regelung der Dienst- und Ruhezeiten würde für Württemberg allein im Beharrungszustand einen jährlichen Mehraufwand von 912 000 Mark betragen. Er freue sich sehr, daß in der Frage der Eisenbahngemeinschaft die Deutsche Partei nun durch den Beitritt der Konservativen eine Stärkung erfahren habe. Vergewaltigte man sich über die Stellung der anderen in Betracht kommenden Eisenbahnverwaltungen, so sei klar, daß er sich mit einer Aktion in dieser Frage in der bekannten splendid isolation befinden würde. Seine politische Aufgabe müsse also dahin gehen, unbeschadet des Gedankens an die Zukunft keine Arbeit für die Gegenwart auf das Erreichbare zu richten. Das Erreichbare seien zur Zeit Einzelmaßnahmen. Beabsichtigt sei, häufig oder regelmäßig Konferenzen zwischen den deutschen Eisenbahnen abzuhalten, in denen teilerweise werde, wo jeder der Schuld drücke. Einen praktischen Erfolg habe die Agitation für die Eisenbahngemeinschaft bisher gehabt. Man suche wenigstens innerhalb der derzeitigen staatsrechtlichen und Vertragsverhältnisse die in vielen Punkten reformbedürftigen Zustände zu bessern. Er habe vor, einer Ermäßigung der Telegraphengebühren auf dem Lande unter allen Umständen näher zu treten. (Beifall). Ein Postschiedsgericht könne er erst vortragen, wenn der Gegenstand im Reich geregelt sei. Ein großer Raum bliebe allerdings für das württembergische Gesetz nicht. Leider sei durch eine Erkrankung des Referenten die Arbeit über die Elektrifizierung der Eisenbahnen ins Stocken geraten. Zu einer allgemeinen Elektrifizierung werde es unter keinen Umständen kommen. Es könne sich nur um eine Elektrifizierung des Vortriebes handeln. Es sei nicht zu bestreiten, daß das laufende Betriebsjahr der Eisenbahn nicht so glänzend abschneiden werde wie das vorige. Die bekannten Sparpläne seien ganz am Platze gewesen. Die Einnahmen würden über eine Million den Staatsvoranschlag überschreiten. Die Verwaltung denke nicht daran, die Preise für die Arbeiterfahrkarten zu erhöhen. Den Herren der Linken wäre es geradezu eine Genugtuung, wenn die Regierung eine fürchterlich reaktionäre Politik einschläge. Den Beschlüssen werde sie ihnen aber nicht tun. (Weiterer Beifall).

Abg. Kaufmann (Sp.) beantragt, den Etat nebst zugehörigen Gesetzen dem Finanzausschuß zu überweisen. Abg. Dr. Müllerberger (Fp.) bringt noch eine Reihe von Einzelragen zur Sprache und legt sich mit der Sozialdemokratie auseinander. Kultusminister v. Fleischauer behält sich vor, bei geeigneter Gelegenheit die Angriffe Heymanns zu erwidern. Eine ähnliche Erklärung gibt der Abg. Dr. Wolff (Bk.) ab. Abg. Andre (Ztr.) weist einen von Heymann erwähnten Fall des Mißbrauchs der Kanzel zurück. Schließlich erklärt der Abg. Kohler (Ztr.), daß er die Äußerungen, das Politisieren sollen die Pfarrer bleiben lassen, weder dem Wortlaut, noch dem Sinne nach getan habe. Damit ist die Generaldebatte zu Ende. Der Etat geht an den Finanzausschuß. Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 9 Uhr: Eisenbahnkreditgesetz.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. Januar 1912.

Im Bundesratlich: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kämpf eröffnete die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit dem Erlaß der Ermächtigung, dem Kaiser die ehrwürdigen Gedenkstätten des Reichstages zum Geburtstag am 27. Januar zu überbringen. Die Ermächtigung wurde erteilt.

Der Antrag des kaiserlich-lippischen Amtsgerichts II. in Plombenberg wegen Erteilung der Genehmigung zur Eröffnung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abg. Dr. Neumann-Dolter wegen Beleidigung, wird dem Kommissionsantrag entsprechend abgelehnt.

Darauf legte das Haus die zweite Lesung des Etats des Reichstages des Innern vor.

Zunächst erfolgte die Abstimmung über die bei der zweiten Beratung des Etats des Reichstages des Innern für 1912 gestellten und noch nicht erledigten 54 Resolutionen. Von diesen Resolutionen wurden 39 angenommen, 15 abgelehnt.

Zur Annahme gelangen u. a. sämtliche auf den Ausbau des Koalitionsrechts und den Abschluß von Tarifverträgen gerichteten und von den verschiedenen Parteien beantragten Resolutionen.

Abgelehnt wird ein Teil der von den Sozialdemokraten eingebrachten Resolutionen, u. a. auf gesetzliche Festlegung des achtstündigen Normalarbeitstages, wofür nur die Sozialdemokraten und die Polen stimmen, ebenso die Resolutionen auf erhöhten Arbeiterschutz in der Großindustrie, betreffend den gesetzlichen Bauarbeiterlohn, die Abschaffung der Gewerbeordnung, Regelung des Arbeitsvertrages der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die entsprechenden von den Polen beantragten Resolutionen.

Unter anhängender allgemeiner Debatte muß über die Resolution der Polen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß mit Rücksicht auf die häufiger wiederkehrende Dürre Beihilfen an Private gegeben werden, welche Proben und Versuche mit künstlicher Bewässerung (künstlichem Regen) anstellen, durch Ausschüttung abgestimmt werden. Das Ergebnis ist die Annahme der Resolution mit 171 gegen 153 Stimmen.

In der weiteren Abstimmung wurde die Resolution auf Verbot der Naturverfälschung durch Plakate und Breiterreklame angenommen. Abgelehnt werden die Resolutionen betr. Verbot der gewerblichen Schaustellung von Angehörigen fremder Rassen, betr. die Schaffung eines Reichsamts für die deutsche Sprache, betr. Verbot der Verwendung nichtdeutscher Geschäftsbezeichnungen.

Angenommen wurde ferner eine Resolution auf Veranlassung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, auf bessere Wahrung der Forderungen des Handwerks, in der Konsumordnung, auf Beaufsichtigung der Syndikate, Kartelle usw., Verbot von Wanderlagern, verdeckten Warenhandel, Verschärfung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte sowie auf Einschränkung der Gefängnisarbeit und Beseitigung ausländischer Hausierer.

Über die Resolution der Deutsch-Konfessionen (Aristokrat und Genuß), betreffend das Verbot des Streikpökennehmens wurde namentlich abgestimmt. Das Haus lehnte mit 282 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen die Resolution ab.

Darauf wurde die Beratung des Ordinarius der Ausgaben für das Reichsamt des Innern bei dem Allgemeinen Fonds vertagt.

Als Beitrag für die Zentralstelle zur Volkswohlfahrt sind wie im Vorjahre 12 500 Mark ausgeworfen worden. Abg. Schulz-Greif (Soz.): Wir müssen energisch dagegen protestieren, daß irgend welche politische Tätigkeit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt aus Staatsmitteln unterstützt wird. Man wird uns vor, wir wollen die Jugend zu Sozialdemokraten erziehen und damit die Wehrhaftigkeit untergraben. Allerdings wollen wir die Kinder nicht zu Soldaten machen wie die Jugendwehren. Wir wollen unseren Kindern die Frische der Jugend solange wie möglich erhalten. Aber mit dem Eintritt der Soldateneinsätze des 18. Lebensjahres dürfen sie sich mit politischen Dingen beschäftigen. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter weckt ein politisches Verständnis schon bei den jungen Arbeitern, die früher in der Lebenskampfung eintreten müssen und dadurch zum Radikalen getrieben werden. Aber wir Sozialdemokraten achten bestehende Gesetze und sorgen dafür, daß unsere Jugendlichen nicht Gefahr laufen, angezogen und bestraft zu werden. Unsere unpolitischen Jugendverbände werden in unerhörter Weise schikaniert. Schuld an diesem Vorgehen der Behörden trägt in erster Linie die Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Die Unterstützung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt als der Vorkämpferin der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie lehnen wir ab.

Vizepräsident Dr. Paasche teilte mit, daß bei der Abstimmung mehrere Resolutionen übersehen worden sind; über diese soll morgen abgestimmt werden.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Nat.): Ich verstehe nicht, wie die Sozialdemokratie sich darüber wundern kann, daß auch die bürgerliche Gesellschaft sich ihrer Pflicht bewußt wird und sich in hervorragendem Maße der Jugendpflege widmet. Die Soldatenvereine der Jugend wird auch von manchen bürgerlichen Kreisen verurteilt. Wir wollen, daß die glorreichen Traditionen und die Geschichte unseres Volkes in der Jugend erhalten werden, und daß unsere Jugend zu Vaterlandsliebe und Sittlichkeit erzogen wird. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt hat sich große Verdienste erworben und es ist in ihr gerade für soziale Fragen ein großes Verständnis vorhanden.

Abg. Dr. Pieper (Zentr.): Von einer Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Zentralstelle kann keine Rede sein. Wenn die Sozialdemokratie diesen Titel ablehnt, so stimmen wir ihm um so lieber zu.

Unterstaatssekretär Richter: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist keine Staats-, sondern eine private Anstalt, in deren Beirat Mitglieder aller Parteien mitwirken (Zuruf), jedenfalls aller bürgerlichen Parteien. Sie arbeitet völlig unabhängig und beschäftigt sich hauptsächlich mit literarischen Arbeiten. Wenn eine derselben der sozialdemokratischen Partei nicht gefallen hat, so ist das kein Grund, ihr die Subvention zu entziehen, weder für die Regierung noch für die Parlamente (Zustimmung rechts).

Abg. Brückhoff-Züllchen (Zuruf, Fp.): Die Sozialdemokraten beklagen sich darüber, daß die Jugendpflegeorganisationen der Sozialdemokratie die Jugend aspenkig machen wollen. Was bezwecken denn die sozialdemokratischen Jugendorganisationen?

Vizepräsident Dr. Paasche bat, mehr bei dem Thema zu bleiben.

Abg. Davidsohn (Soz.): Die Mittel der Jugendpflege fließen zum großen Teil aus Reichs- und Staatskassen. Private geben nur vereinzelt etwas dazu her. Die Sozialdemokratie dagegen bringt den Bedarf für ihre Institutionen großenteils selber zusammen. Der Arbeiter hat ein Anrecht darauf, seine Kinder in seinem Sinne erziehen zu lassen. Die Parteipolitik wollen wir nicht in die Schule und die Jugendbewegung hineintragen. Das tun aber die bürgerlichen Parteien. Es müßten doch wenigstens die Reichstagsabgeordneten stets in der Lage sein, die literarischen Erzeugnisse der Zentralstelle einsehen zu können. Die Zentralstelle, die vom Reich subventioniert wird, verlor nicht einmal die Reichstagsbibliothek mit allen ihren Schriften.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Aus den im vorigen Jahre in der Budgetkommission ausgesprochenen Wunsch hin wurde im Reichsamt des Innern eine Sammlung aller Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt veranstaltet, die dann dem Präsidenten des Reichstages übersandt worden ist.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen wollen nur parteipolitischen Zwecken dienen. Bei der Zentralstelle kann davon keine Rede sein. Der Beitrag zur Unterstützung der Zentralstelle muß im nächsten Etat erhöht werden. Nach weiterer Debatte wurde der Titel bewilligt.

Es folgte der Titel „Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen“.

Hierzu beantragte die Budgetkommission eine Resolution, dahingehend, neue Berechnungen über die Belastung des Reichs und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversicherung aufstellen zu lassen. Sollte sich ergeben, daß höhere Renten gewährt werden können, als in der Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind, so soll dem Reichstage scheinlich eine Vorlage gemacht werden, durch welche die Renten soweit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Referent Abg. Graf von Bismarck (Deutschkons.) gab zu diesem Beschlusse noch einige Erläuterungen.

Abg. Kollenbaur (Soz.): Die Vorwürfe, die man seiner Zeit bei Beratung der Reichsversicherungsordnung den Sozialdemokraten gemacht hat, werden durch die jetzt vorliegenden Berechnungen widerlegt. Daß eine Erhöhung der Hinterbliebenente dringend notwendig ist, kann man, namentlich wenn eine Witwe für Kinder in ganz jugendlichem Alter zu sorgen hat, ohne weiteres zugeben. Die heute gewährte Rente ist völlig unzureichend.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Berechnungen des Abg. Kollenbaur treffen nicht zu. Die Witwenrenten sind im letzten Jahre von 92 im ersten auf 1800 im letzten Vierteljahre gestiegen. Dazu kommt noch, daß der Anspruch auf Rente noch innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren nachträglich geltend gemacht werden kann. Im vorigen Jahre sind außerdem 4000 Witwenrenten und 14 000 Waisenrenten angemeldet worden.

Abg. Gotheim (Zuruf, Fp.): Unser Verlangen, eine klare Berechnung in Form einer Denkschrift zu bekommen, um so ein Urteil über die tatsächliche Wirkung der Versicherung zu erhalten, ist berechtigt. Das Reichsamt des Innern hätte die Schrift von Bernhard studieren und seine Maßnahmen danach einrichten sollen. Sowie die Versicherung auch zu wünschen übrig läßt, so stellt doch einen erheblichen sozialen Fortschritt dar.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Bernhardsche Schrift ist bereits durch einen Vortrag des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und auch durch die Literatur widerlegt worden. Auch ein Antrag des Abg. Pieper beschäftigt sich mit der darin gegebenen Anregung, und verlangt, daß die Regierung die Wirkung unserer sozialpolitischen Versicherung eingehend studiere. Ich kann versichern, daß wir nicht still gestanden haben hinsichtlich des Schutzes von Leben und Gesundheit unserer Versicherten. Ich werde die auf diesem Gebiete geltenden Bestimmungen demnächst zusammenfassen lassen.

Abg. Giesberts (Ztr.): Professor Bernhard stellt mit seiner Ansicht leider nicht allein da. Eine ganze Clique von Scharmachern versucht im Auslande gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung Stimmung zu machen.

Nach weiterer Debatte wurde der Titel bewilligt und die von der Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen.

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr. Der Präsident stellt eine Abendung für morgen in Aussicht.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Krise im Baugewerbe.

Bei den im Berlin-geschäftlichen weiteren Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag für das Baugewerbe forderten die Arbeitgebervertreter wieder eine allgemeine Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber lehnten sie ab und erklärten, unbedingt einen Hauptvertrag für das gesamte bisherige Vertragsgebiet zu erstreben. Bei Differenzen in einzelnen Bezirken wollten sie ihren Einfluß zum Abschluß von Verträgen, eventuell Anrufung eines Bezirks-Schiedsgerichts, geltend machen. Die Arbeitnehmer erklärten: auch wir wollen einen Vertrag in dem bisherigen Umfang, bedauern aber, daß der Arbeitgeberbund trotz der Forderung keine allgemeine Lohnerhöhung will. Somit sind auch Bezirkschiedsgerichte z. B. aus Friedensburg wollen wir einzelne Fragen, z. B. Arbeitszeit, Arbeitsnachweis, Akkordarbeit usw. besprechen, aber erst nach einer Einigung über alle örtlichen Fragen, Vertragsmuster und Hauptvertrag. Die Arbeitgeber verteidigten hierauf besonders und erklärten: Bei dem Darunterliegenden des Baugewerbes und dem ungünstigen Hypotheken- und Weidmarkt kann eine allgemeine Lohnerhöhung nicht befüllt werden. Ueberdies steht die Festsetzung des Lohnes den Bezirks- und Ortsverbänden zu. Wir sind aber bereit, in die Beratung des Vertrags einzutreten.

Bei dieser Beratung wurde nun zunächst die Arbeitszeit behandelt. Die Arbeitgeber wünschten den bisherigen § 1: kürzeste Arbeitszeit 10 Stunden, abgesehen von besonders schwierigen Verhältnissen, z. B. Wohnungs- und Verkehrsangelegenheiten, beizubehalten. Die Arbeitnehmer wollten auf eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken. Auch in der Akkordfrage wollten die Arbeitgeber bei dem bisherigen Hauptvertrag bleiben. Die Zimmerer lehnten alle Akkorde ab. Wie der Bauarbeiterverband, wollen sie das bisherige Minimum zulassen, verlangen aber eine Garantie des Stundenlohns. Den Arbeitsnachweis wollen die Arbeitgeber vom Vertrag ausschließen. Die Arbeitnehmer verlangen einen paritätischen Arbeitsnachweis, einen einseitigen Arbeitsnachweis bekämpfen sie. Zu der von den Arbeitgebern verlangten Einbeziehung der Betonarbeiter wollen die Arbeitnehmer sich nicht äußern.

Die Repräsentationsgelder des Statthalters der Reichslande. Die Budgetkommission der 2. Kammer hat trotz des Widerspruchs der Regierung von den 200 000 Mark Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalters die Hälfte mit 100 000 Mark wiederum als zukünftig wegfällig bezeichnet. Hierfür stimmte die Zentrum, Lothr. Gruppe und Sozialdemokratie, während die Liberalen sich der Stimme enthalten. Letztes Jahr war dieser Beschluß schon gefaßt worden und hat durch Annahme des Etats seitens aller getragenerischen Faktoren Gesetzeskraft erhalten.

Volkspartei und Landwirtschaft. Die fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag zum Landwirtschaftsset eingeleitet, den Fonds zur Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues um 155 000 Mark auf 500 000 Mark zu erhöhen.

Berlin, 23. Jan. Nach einem am 19. Januar von der deutschen wissenschaftlichen Beobachtungsstation in Großhat auf Spitzbergen abgeordneten Telegramm sind auf der Station keine Teilnehmer der Schröder-Stranz-Expedition eingetroffen. Mainz, 23. Jan. In dem zu Museumszwecken benutzten kurfürstlichen Schloß wurde eingebrochen. Ein auf mehrere tausend Mark geschätzter Becher, aus dem der Kaiser bei seinem ersten Einzug in Mainz den Ehrentrunk entgegennahm, wurde gestohlen.

Ausland.

Der Marconi-Skandal.

Aus London wird berichtet: Der Marconi-Skandal hat unerwartet eine neue Wendung erhalten. Als vor einem halben Jahre die englische Postverwaltung mit der Marconi-Gesellschaft einen Vertrag abschloß, wonach diese in Großbritannien und den britischen Kolonien ein den ganzen Erdball umspannendes System Funkstationen schaffen sollte, warf die englische Presse der Marconi-Gesellschaft vor, nur durch Bestechung dieses Monopols erhalten zu haben. Die als Hauptkonkurrentin in Frage kommende dänische Poulsen-Gesellschaft hatte nämlich ein beträchtlich billigeres Angebot gemacht, das jedoch von der englischen Postverwaltung abgelehnt worden war. Die Angelegenheit kam vor das Unterhaus, das eine Untersuchungskommission einsetzte. Nachdem diese wochenlang getagt hat, ohne gegen die unter dem Bruder des englischen Generalstaatsanwalts, Sir Gottfried Jaques, stehende Marconi-Gesellschaft oder gegen die Leiter des Postministeriums belastendes Material zutage fördern zu können, ist jetzt die Marconi-Gesellschaft plötzlich von dem Vertrage zurückgetreten. In einem Brief an die Untersuchungskommission erklärte sie, sich nicht länger vertraglich gebunden zu fühlen, und auch der englischen Regierung freie Hand zu einem neuen Abschluß zu lassen. Ob die englische Regierung diesen Rücktritt vom Vertrage annehmen wird, muß noch dahingestellt bleiben. Die englische Presse betrachtet vorläufig den Brief der Marconi-Gesellschaft als einen großen Bluff, der der Deffektivität gegenüber das Gefühl der Schuldlosigkeit darstellen soll.

Der amerikanische Vesuv. Der 4300 Meter hohe Vulkan Picolo de Colima im mexikanischen Staate Jalisco befindet sich in vollster Tätigkeit. Durch seinen Ausbruch wurde die Ernte im Umkreis von 10 Meilen vernichtet. Der Materialschaden wird bisher auf 4 Millionen Mark geschätzt. Zahlreiche Häuser wurden zerstört und hunderte von Menschen sind in der glühenden Lava ums Leben gekommen. Auch viel Vieh wurde getötet. Die Einwohner der bedrohten Städte haben Furchen im Stiche gelassen und flüchteten in wilder Panik. Hunderte von Flüchtlingen sind in Güterzügen in Guadalaajara eingetroffen.

Auffstand in Südamerika. In Washington sind alarmierende Gerüchte über eine neue, weitreichende Rebellion in Südamerika im Umlauf. Kleine Städte und Ranches sollen geplündert, Frauen weggeschleppt worden sein. Die Regierung Madros ist anscheinend ohnmächtig. Das Staatsdepartement ist entschlossen, ein Kriegsschiff nach Vera-Cruz zu entsenden, wenn keine günstigeren Nachrichten einlaufen.

350 Pilger ertrunken. Aus Suakin wird gemeldet: Eine Karawane indischer Pilger wurde am Mitternacht bei El Hamra, halbwegs zwischen Medina und Yambo, durch das plötzliche Aufschwollen eines Gebirgsbaches überrascht. Die ganze Karawane wurde hinweggeschwemmt. 350 Menschen sind ertrunken. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Nur 55 konnten gerettet werden.

London, 23. Jan. Ein deutscher Dampfer namens „Orion“ ist in der Nähe von Sunderland gesunken. Das Schiff ist in zwei Teile gebrochen und vollkommen wrad.

Belgoland, 23. Jan. Auf der Nordseite der Insel wurde der 11-jährige Knabe Max Arnold durch einen abbröckelnden Felsen getroffen. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

Württemberg.

Diekwandrichten.

Der König hat auf Ansuchen zur Disposition gestellt: v. Kämpfcher, Generalleutnant und Kommandeur der 38. Division, unter Enthebung von dem Kommando nach Preußen und unter Verleihung des Großkreuzes des Friedrichs-Ordens, v. Oswald, Generalmajor und Kommandeur der 53. Infanterie-Brigade (3. Königlich Württembergische), dieser unter Verleihung des Charakters als Generalleutnant, Niemann, Königlich Preussischer Oberst und Kommandeur des 10. Infanterie-Regiments Nr. 180, wird von dieser Stellung entbunden. Von seiner Dienststellung wird auf sein Gesuch entbunden v. Böhlinger, Oberstleutnant z. D. und Kommandeur des Landwehrbezirks Calw. — Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verlehrsabteilung, hat die Postverwalterstelle in Dunningen dem preussischen Postverwalter Militärkommandant Krauß daselbst übertragen.

Die Vereinigung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Württemberg, die Ende 1912 unter Mitwirkung des Verbandes Württ. Industrieller und des Landesverbandes vom Hansjand gegründet worden ist, hat folgende Herren an ihre Spitze berufen: Herrn Apotheker Seeger in Fa. Dr. Lindenmayer, als 1. Vorsitzenden, Fabrikant Ed. Loestund, Grumbach, als 2. Vorsitzenden, und die Herren Dr. Jungmann, Cannstatt, und Direktor Benno Eisenmann, Stuttgart als Stellvertreter der Vorsitzenden, sowie Herrn Direktor Sonnenlechner, Stuttgart, als Schatzmeister. Die Vereinigung verfolgt nach ihren Satzungen den Zweck, die heute auf dem Gebiet der staatlichen und Gemeinde-Versteuerung in Württemberg bestehende ungerechte Belastung der G. m. b. H. zu bekämpfen. Sie hat, wie die „Württ. Industrie“ mitteilt, im Hinblick auf diesen fahrgangsmäßigen Zweck dem K. Württ. Finanzministerium möge vor allen grundsätzlichen Entschliessungen über die Handhabung des württ. Einkommensteuergesetzes vom 8. August 1903 gegenüber den G. m. b. H. und gegenüber Gesellschaftern die Betätigung zu gutachtlicher Kennerung heranziehen. Ferner hat sich die Vereinigung dem Finanzministerium jederzeit zur Auskunftserteilung und gutachtlicher Tätigkeit angeboten.

Der Kampf geht weiter. Die 103. Landtagsfraktion sieht sich veranlaßt noch einmal in einem 4 Spalten langen Artikel mit der „Tagwacht“ und dem „Vorwärts“ abzurechnen. Dabei kommen beide nicht besser weg als in den früheren Artikeln. Was ihnen im wesentlichen vorgeworfen wird ist Verdrängung der wirklichen Tatsachen durch eine absichtlich verzerrte Wiedergabe alles dessen, was die Fraktion als Beweis für die Korrektheit ihrer Haltung vorbrachte. Gegenüber den bestimmten Auslassungen weiß sich die Tagwachtredaktion nicht mehr so recht zu helfen. Sie wiederholt eigenhändig einige ihrer früheren Behauptungen und spricht zum Schluß etwas kleinlaut die Hoffnung aus, daß die Fraktion in Zukunft höflicher Demonstrationen fern bleiben werde.

Friedrichshafen, 23. Jan. Die Wersthalle in Ubersingen ist abgebrannt. Die darin untergebrachten 21 Segelboote und Motorboote, zum Teil dem Kgl. Württ. Jagdklub gehörend, sind bis auf ein einziges Segelboot, durch Feuer zerstört worden. Der durch Versicherung gedeckte Schaden dürfte über 100.000 Mark betragen.

Nah und Fern.

In religiösem Wahn

Wie jetzt feststeht — der Bauer Bohl in Weidach bei Stuttgart seine Mutter umgebracht. In der letzten Woche beteiligte er sich an einer Evangelisationsversammlung des Evangelisten Zimmermann aus Korntal. Seit diesen Tagen zeigte sich nun bei ihm ausgesprochene Spuren religiösen Wahnsinns, der seine Sinne umnachtete, daß er seiner nicht mehr mächtig war. Trotzdem dies jedermann bekannt war und Bohl in einer der letzten Nächte nur im Hemd bekleidet auf die Straße sprang, erhielt er keine besondere Bewachung. Den Abend an seiner Mutter führte Bohl Dienstag früh 8 Uhr aus, während seine Frau außerhalb des Hauses Besorgungen hatte, lag die Mutter mit halb abgetrenntem Kopf in einer Blutlache am Boden. Als die Frau die Wohnung betrat, fürzte Bohl nun mit einem offenen Rasiermesser, das er zu dem Mord an seiner Mutter benützt hatte, auf sie. Es gelang ihr, ihm das Messer zu entreißen, aber sie mußte mit ihm am Boden auf Leben und Tod kämpfen. Einigen Nachbarn, die auf das Geschrei herbeikam, gelang es endlich mit großer Mühe, die Frau aus ihrer höchst gefährlichen Lage zu befreien. Einige leichtere Wunden hatte ihr aber ihr Mann bereits beigebracht. Ein Landjäger von Plattenhardt nahm Bohl in eine Jernzelle nach Plochingen, von wo er in eine Heilanstalt überführt wird. Die Sektion der Leiche ergab, daß fünf Schüsse mit dem Rasiermesser ausgeführt wurden und der Tod sofort eintrat. Die Handschlagader wurde vollständig durchschnitten.

Der Mord in Brögingen.

Nach den bisherigen Vernehmungen des Angeklagten hat sich ergeben, daß Gustav Kleile das Kind in die erste Etage Wohnung lockte, um sich an ihm zu vergehen. Da es sich wehrte, wurde es von dem Burchen erdrückt. Der Täter legte dann die Leiche in sein Bett und ging ebenfalls schlafen. Als die Eltern heimkamen, stand er auf und nahm das Abendessen, dann begab er sich wieder in sein Bett, ohne jemandem abzuweilen, wie sich späterlichen Verbrechen er sich schuldig gemacht hatte. Erst am andern Morgen, nachdem sich die Familie zu ihrer Arbeit begeben und das Haus verlassen hatte, machte sich Kleile daran, die Kindesleiche, die über Nacht neben ihm gelegen hatte, zu beseitigen. Er vergrub die Leiche in nachtem Hofraum und verdeckte die Kleider des Mädchens auf dem alten Friedhof, wo sie aufgefunden worden sind.

Daß der Burche ein so schweres Verbrechen auf dem Gewissen hatte, ahnte bis zum Sonntag Abend niemand. Er soll sich mit anderen Leuten an dem Suchen nach dem vermissten Mädchen beteiligt haben. Bei der Reinigung der Zimmer am Samstag fand dann die Mutter des G. Kleile unter dem Bett ihres Sohnes das Jopfband des Kindes. Die schlimmsten Beschuldigungen wurden bei ihr nach und sie lenkte das Gespräch auf die vermisste Nina Staib. Hierbei bemerkte der Burche, daß 300 Mark Belohnung ausgesetzt seien, für den, der über den Verbleib des Kindes Aufschlüsse geben könne. Dem Gottesdienst am Sonntag morgen wohnte auch der Mörder an. Seine Mutter war ebenfalls anwesend und wurde bekanntlich durch die Predigt bestärkt, dem Geistlichen von ihren bösen Vermutungen Kenntnis zu geben. — Dienstag nachmittag wurde der Mörder im Pfortheimer städt. Krankenhaus der Leiche gegenüber gestellt. Der Burche verhielt sich vollständig gleichgültig. Vor dem Krankenhaus hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt, die eine drohende Haltung annahm. Doch kam es nicht zu tätlichen Ausschreitungen.

Ein Raubmordverdict.

In Ebelbach bei Elmstatt traten zwei Burchen in den Laden der Weib. Hellmann unter dem Vorgeben einen Ofen und Draht kaufen zu wollen. Zu diesem Zwecke begab sich der eine Geschäftsinhaber, Sal. Hellmann, mit einem der Käufer in das Ofenlager. Hellmann erhielt dort von dem Mörder einen Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammensank. Im Laden selbst wurde zu gleicher Zeit der andere Geschäftsinhaber, Herr. Hellmann, von dem Helfershelfer durch Diebe aus den Kopf niedergeschlagen. Nachdem die Burchen die Ladenkasse geplündert hatten, nahmen sie Reißaus, jeder nach einer anderen Richtung. Einer von ihnen gab auf seine Verfolger mehrere Schüsse ab, wurde aber doch ergriffen; auch der zweite Verbrecher wurde in Ebelbach festgenommen. Es ist der schon vielfach vorbestrafte Schmiedegeselle Johann Kolbert von Elmstatt und der Eckardseiler Wäppler aus Leizig. Ersterer kam oft als Lehrling in das Hellmann'sche Geschäft und war mit der Verlässlichkeit und den Verhältnissen der Inhaber vertraut. Wäre das Dienstmädchen nicht dazugekommen, welche die Ortsnachbarn von dem Verfall sofort verständigte, so wäre den Burchen ihr Plan gelungen.

Drama im Bergdorf.

Das sonst so stille badisch-schweizerische Bergdorf Lanwil (an der badisch-schweizerischen Grenze) war am vergangenen Sonntag der Schauplatz eines furchtbaren Dramas, das recht lebhaft an den schweren Fall von Komausborn erinnert. Der 35-jährige Schneider Max Brunner geriet aus geringfügiger Ursache in einer Wirtschaft mit den anderen Gästen in Streit und wurde deswegen weggeführt. Darüber geriet er in große Aufregung und holte aus seiner Wohnung sein Vetterkugengewehr, mit dem er sich vor dem Eingang der Wirtschaft aufstellte. Weil ihm der Gemeindevorsteher (Bürgermeister) schon des öfteren kritisiert und getadelt hatte, war er über diesen sehr aufgebracht. Brunner hatte es daher auf diesen abgesehen, als er plötzlich durch das Fenster schoß. Er traf aber nicht den Gemeindevorsteher, sondern den neben ihm sitzenden Landwirt Wisk. Rudin in die Brust, der sofort tot zusammenbrach. Nun eröffnete Brunner auf das Innere der Wirtschaft ein lebhaftes Geschrei, wodurch noch drei weitere Gäste der Wirtschaft schwer getroffen wurden. Der Mörder flüchtete in seine Behausung, wo er sich verbarrikadierte und nun auf die Volksmenge schoß, aber glücklicherweise niemand traf. Als er von einigen beherzten Männern überwältigt war, fand man bei ihm noch 60 scharfe Patronen. Die Männer waren über den Mörder so erbittert, daß sie ihn ganz jämmerlich verprügelten und ihn wahrscheinlich totgeschlagen hätten, wenn die Polizei nicht dazwischen getreten wäre. Der Mörder wurde in den Nachbarort Reigoldswil gebracht und von da in das Bezirksgefängnis nach Waldenburg. Eine erregte Volksmenge folgte dem Jungs, und immer wieder drangen einige auf den Verhafteten ein, um ihn der Polizei zu entreißen und zu lynchen. Nachdem den Mörder zugegebenen Streich mußte der Polizei in Empfang nehmen.

Einer eigenartigen Leidenschaft

fröhnte der Professor Wilhelm Wurm, der an einem Taubeldorfer Gymnasium angestellt war. Er war mit einer Dame in Ohligs verlobt. An diese richtete er selbst anonymer Briefe, in denen seiner Braut die unglaublichsten Vorwürfe gemacht wurden. Nach langen Bemühungen gelang es, ihn als den Verfasser der Schmähbrieve zu ermitteln und zu überliefern. Es wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Diefem entzog sich der Beschuldigte durch Selbstmord, indem er sich in Zürich erschöß.

Die Laune der Künstlerin.

Die bekannte Mailänder Sängerin Arrighi hat sich aus höchst seltenem Grunde das Leben genommen. Vergangenen Sonntag war ihr kleiner Hund eingegangen. Die Sängerin war über den Verlust untröstlich und weinte ununterbrochen. Nachdem sie sich zu einem Arzt verfügt hatte, um ihren Viehhing einbalsamieren zu lassen, begab sie sich in ihr Hotelzimmer zurück und vergiftete sich mit Zyanalkali. Vorher hatte sie den Ofen in Brand gesteckt und zwar in der Weise, daß die Glut sich dem Boden mitteilen mußte. Dieser geriet in Brand. Als man herbeieilte, fand man die junge Künstlerin tot. Zwischen den Zähnen hielt sie den Maulkorb ihres Hundes.

Gerichtssaal.

Knittel wird zum Tode verurteilt.

Havensburg, 22. Jan. Der 27 Jahre alte Tagelöhner Hugo Knittel von Urach, der am 21. Okt. v. J. in Barchhausen bei Biberach die Kreuzwittin, Witwe Barbara Hänle erschlagen und beraubt hatte, wurde heute vom Schwurgericht nach zweiseitiger Verhandlung wegen Mordes und schweren Raubs neben dauerndem Ehrverlust zum Tode verurteilt. Der Verurteilte nahm das Todesurteil ruhig auf.

Carnios Klage gegen Professor de la Bedova abgewiesen.

Vor dem Mailänder Zivilgericht fand die Verhandlung im Prozesse statt, den Carnio gegen den bekannten Mailänder Chirurgen, Professor de la Bedova, wegen Verletzung des ärztlichen Geheimnisses angehängt hatte. Im Juni 1911 hatte sich Carnio infolge eines Halsleidens in die Behandlung des Professors begeben. Da Carnio deswegen nicht mehr lang, brachten die amerikanischen Zeitungen sensationelle Meldungen über einen angeblichen Stimmgerfall des berühmten Tenors. Aus diesem Anlaß hatte der „Corriere de la Sera“ den Professor de la Bedova über das wirkliche Befinden Carnios interviewen lassen. Der Chirurg hatte dem Interviewer erklärt, daß keinerlei Anlaß zu Besorgnissen vorhanden wäre. Dennoch hatte Carnio geklagt. Das Gericht hat nunmehr den Kläger unter Kostenpflicht abgewiesen und erklärt, daß durch die Aussage des Professors das ärztliche Geheimnis nicht verletzt worden sei, und daß die Zeitung ein Recht hatte, sich über den Fall Gewißheit zu verschaffen.

Nottwort, 22. Jan. Unter der Anklage des Totschlags stand gestern der ledige Metzger und Tagelöhner Chr. H. Starzmann aus Denkendorf O. A. Gillingen vor den Geschworenen. Er erschien in Gillingen bei Streithändeln, die ihren Anlaß im Tanzsaal hatten und sich später in einer Wirtschaft fortsetzten, den Jakob Strauß von Weinsberg, suchte nach der Tat das Weite und wurde tags darauf in Bullendorf verhaftet. Er will in Notwehr gehandelt haben. Die Geschworenen bejahten nicht die Frage nach Totschlag, sondern die nach Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode und verurteilten den Angeklagten mit erheblichen Umständen zu 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate Untersuchungshaft abgehen.

Salz, 22. Jan. Die 21 Jahre alte ledige Dienstmagd Magdalena Fischer von Ettenhausen O. A. Mönchsau hat am Sonntag den 17. November 1912 in Kottmannsweiler Gemeinde Herrentierbach O. A. Gerabronn, wo sie im Dienste stand, in ihrer Schlafkammer ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt getötet, indem sie es unter den Strohhalm legte und erstickte ließ. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagte, die große Reue zeigte, wurde unter Zuhilfenahme milderer Umstände zu der Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt, wovon 2 Monate der Untersuchungshaft in Anrechnung kommen.

München, 22. Jan. Das Schwurgericht hat den Maurerpolier Luz und seine Haushälterin Seuffert, die angeklagt waren, den vierjährigen Sohn des Luz durch fortgesetzte systematische Mißhandlungen getötet zu haben, zu je 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Jubiläumsausstellung in Karlsruhe.

Zur Feier des 200-jährigen Stadtjubiläums im Jahre 1915 wird die Stadt Karlsruhe eine Jubiläums-Kunstausstellung veranstalten. Mit dieser Ausstellung wird zugleich das ständige Ausstellungsgebäude, welches die Stadt Karlsruhe errichten läßt, eingeweiht werden. Die Ausstellung soll ein umfassendes Bild zeitgenössischer Kunst geben, wobei auf eine bedeutende Repräsentation badischer Kunst besonderes Gewicht gelegt werden soll. Mit der künstlerischen Leitung ist Professor Hellweg betraut. Die Eröffnung der Jubiläumskunstausstellung ist auf Anfang Mai 1915 festgesetzt.

Paris, 22. Jan. „Parifal“ soll nun doch noch in Monte-Carlo gegeben werden. Zwischen Direktor Raoul Sunsboutz und dem Erben Wagners ist ein Vergleich dahin zustande gekommen, daß „Parifal“ als geschlossene Vorstellung im „Grand Theatre“ in Monte-Carlo vor sich geht. Nur geladene Gäste dürfen der Vorstellung beiwohnen. Dadurch wird kein Präzedenzfall geschaffen, daß „Parifal“ vor dem 1. Januar 1914 in öffentlicher Vorstellung aufgeführt wird.

Vermischtes.

Ein Raub der Sabinerinnen im Jahre 1912.

Die schöne romantische Geschichte von dem Raube der Sabinerinnen durch die ersten Römer, an die heute kein Historiker mehr glaubt, ist kürzlich in der Neuen Welt zur Tatsache geworden. Die Rolle der Römer und ihrer so schändlich behandelten Nachbarn spielten diesmal zwei Indianerstämme in Mittelamerika. Die Sabiner gehörten dem Tul-Stamme an, der an dem Grenzgebiet zwischen Guatemala und Negito sein Wesen treibt. Es sind ebenso gefährliche wie gefährdete Völker, die schon eine Menge von Schandtaten auf dem Gewissen haben. Aus unbekanntem Grunde herrscht nun bei dem Stamme ein Mangel an Weibchenerinnen des schönen Geschlechts. Sogar die Häuptlinge des Stammes waren bisher nicht im Besitze einer besseren Ehehälfte. Ueber diese ihre Einsamkeit waren sie naturgemäß nur wenig erbaud, und ihre treuen Untertanen sahen sich gezwungen ein, daß sie etwas zum Besten ihrer Landesväter tun müßten. Sie versicherten, daß jeder ihrer Häuptlinge es sich im ganzen ihrer sechs — seine Frau erhalten sollte, und bald schritten sie zur Tat. Der Weg der erlichen Brautwerbung war den Rothhäuten zu langweilig; sie hätten auch schwerlich bei ihren bekannten Charaktereigenschaften die nötigen Schwiegerkisten gefunden, und so entschlossen sie sich zum Raub. In dem benachbarten Britisch-Honduras liegt am Fluße Belize ein friedliches Indianerdorf, das sie zum Objekt ihrer Untat erwählten. Eines Vormittags, als gerade alle Männer des Dorfes auf den Feldern arbeiteten, unangewarnt plötzlich die Tul's das Dorf. Ohne Widerstand zu finden, drangen sie in dem Orte ein und fingen eine verheiratete Frau sowie fünfzehn junge Mädchen. Durch Drohungen mit ihren Waffen zwangen sie die Opfer, ihnen zu folgen. Seitdem besitzen die sechs Häuptlinge des Räuberstammes ihre ersehnten Frauen. Die Einwohner des heimgesuchten Dorfes sinnen dagegen auf blutige Rache, und die Geschichte dürfte sich schließlich so friedlich weiterentwickeln, wie in jenen mythischen Zeiten, als die geraubten Sabinerinnen den Frieden zwischen ihren Vätern und Männern wiederherstellten.

— Komplizierter Fall. „Sie, hier, Herr Feder? — „Ja, ich bin auf Krankheitsurlaub.“ — „Wie lange?“ — „Bis ich gesund bin. Dann geht ich krankheitsfrei in Pension.“ — Verachtung. Sepp (der den Schneidzug mit dem Speisewagen vorbeifahren sieht): „Sakra, da wenn's mal einen Herauschnemmen!“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Vom Wetter. Während wir die letzten Tage starken Schneefall hatten, regnete es gestern ununterbrochen. Die Schneemassen mußten, da inzwischen ein lauer Wind eingesehlt hatte, wieder verschwinden. Voraussichtlich haben wir ein beständiges Wetter nicht zu erwarten.
Freitag D.A. Neuenbürg, 22. Januar. Für den Monat Dezember verstorbenen Schultheiß Knöller, der auch Mitglied des Bezirksrats gewesen war, fand heute

die Neuwahl statt. Von 92 Wahlberechtigten haben 89 abgestimmt. Hierbei fielen alle gültig abgegebenen Stimmen auf den Sohn des verstorbenen, den Gemeindepflegger Knöller von hier. Gewiß ein seltenes Zeichen der Einmütigkeit der Wählerschaft.

Letzte Nachrichten.

Budapest, 23. Januar. Der Kriegsminister hat die Entlassung eines gewissen Prozentfahes der anlässlich der Balkanwirren einberufenen Reserven angeordnet. — Daß

die hochwichtige Nachricht von der beginnenden Demobilisierung aus Budapest und nicht aus Wien kommt, hängt offenbar nicht nur mit österreichischen innerpolitischen Gründen zusammen, sondern auch damit, daß es sich um Reserven handelt, die an der ungarisch-serbischen Grenze zusammengezogen waren. Die Verhandlungen, die in jüngster Zeit zwischen Oesterreich und Serbien geführt wurden, haben also anscheinend zu einer völligen Klärung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten geführt.

Bezirkskranken-Kasse Neuenbürg.
Zahlungs-Anforderung.
 Diejenigen freiwilligen Mitglieder, welche mit ihrer Beitragsleistung pro Dezember 1912 und Januar 1913 noch im Rückstand sind, werden aufgefordert, ihre Beiträge unverzüglich hierher einzubehalten, andernfalls Ausschluss aus der Kasse erfolgt.
 Den 24. Januar 1913.
Ortl. Verw.-Stelle der Bezirkskranken-Kasse Neuenbürg
 in Wildbad.
 Edlmann.

Mitter's Hüftenformer "Elegance" Neuheit!!



Der Hüftenformer „Elegance“ mit seinen Geradenfrontschnitt bewirkt, daß der Unterleib gestützt, der Fettsack verdrängt und eine schlanke Erscheinung erzielt wird. „Elegance“ besitzt straffe Gummieinsätze, die durch die Atmung und Bewegungen wie eine fortdauernde Massage auf Unterleib und Hüften wirken.
 „Elegance“ nach dem Wochenbett getragen, bringt den Unterleib in seine ursprüngliche Lage zurück.

Anna Bauer
 Corsetten- und Sanitäts-Spezialgeschäft
 Hauptstraße 91. Hauptstraße 91.

Fußball-Verein Wildbad.

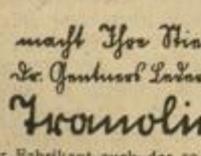


Am Samstag, den 25. Januar, abends 7/9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Badischen Hof“ unsere jährliche **General-Versammlung** statt, wozu die aktiven und passiven Mitglieder des Vereins höflichst eingeladen werden. Die Tages-Ordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Turn-Verein Wildbad.
 Am Samstag, den 25. Jan. abends 8 Uhr findet im **Gasth. zur alten Linde (Marmorfaal)** **Tappen-Abend** mit Tanz statt.
 Jedermann ist hiezu aufs herzlichste eingeladen. **Eintritt frei!**
 Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt. Narrenabzeichen sind am Eingang zu haben.
Der Elferrat.
 NB. Kein Weinzwang.

Prima hydr. Sackkalk Marke „Nischen“
 liefern billigt bei Waggonladungen
Stegmüller & Söhne
 Stuttgart. Telefon 6635.

Wollmollif



maßt Ihre Gesicht
 Dr. Gumbert-Landefeld
Wollmollif
 Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuherème „Nigra“:
 Carl Gentner, Göppingen.

Einzug von Geschäfts-Anständen und sonst. Forderungen — jeder Art — auch zweifelhafter Ermittlung des Aufenthalts entwichener Schuldner.
Wilh. Merkle,
 Rechtsagentur und Inkassobüro
 Wildbad.
 Tel. 97 König-Karlstrasse Villa De Ponte.

Ueber 3000 Stück
 ständiges Lager in
Schürzen
 Aparte Neuheiten
 Hausschürzen 65, 75, 95 bis 1.80
 Blusen-, Träger- und Prinzessschürzen M. 1.15 bis 8.—
 Reformschürzen M. 2.— bis 9.—
Unterröcke
 von M. 1.50 bis 30.—
 in allen Stoffarten und Ausführungen.
Ph. Bosch.

MERCEDES



Mk. 12.50
 EXTRA-QUALITÄT
 Mk. 16.50
DER TRIUMPH DER DEUTSCHEN SCHUHINDUSTRIE
Alleinverkauf für Wildbad:
Wilhelm Treiber, Ludwig-Seegerstraße 17

Die Oberamtsparkasse Neuenbürg
 — gegründet 1853 — mündelsicher —
 nimmt **Spareinlagen** von allen Bezirksangehörigen entgegen.
Zinsfuß 4 Prozent.
 Halbmonatliche Verzinsung.
Kostenlose Ueberweisung von und nach anderen deutschen Sparkassen ohne Zinsunterbrechung.
Kostenfreie Vermittlung von Einlagen und Rückzahlungen durch Herrn **Stadtflieger Gutbub** in Wildbad.
Postsparkonto Stuttgart Nr. 1604. Fernsprecher Nr. 34.
Girokonto bei der **Württ. Notenbank** in Stuttgart.

R. Forstamt Wildbad. Beigolz-Verkauf.
 Am Samstag, den 1. Februar 1913, vorm. 1/10 Uhr im Gasthaus „Jägerhütte“ in Wildbad kommt aus Staats-ald 181/10, 22 Wildbad klop, 23 Bunderweide, 24 Boghall, 26 Kohlsteigle, 37 Unt. Schaibleweg, 52 Schoibleswies, 72 Blockhaus-ebene, 78 Staigle, 94 vord. Spedensteich, 95 hint. Spedensteich, sowie Scheidholz an der Weglinie (Abtg. 9, 11, 12) und in der Eschachut: Km. 25 eichene, 84 buchen und 1066 Nadelholzanbruch.
 Losverzeichnisse sind unentgeltlich v. Forstamt erhältlich.

Freibank.
 Von Samstag früh 8 Uhr ab ist fettes **Rußfleisch** zu haben, das Pfd. 60 Pfg.

Ziegen-Züchter-Verein Wildbad.
 Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr **Versammlung** im Gasthaus zum „grünen Hof.“
 Um vollzähliges Erscheinen bittet **der Vorstand.**
 Für Straß- und Hausüberaus praktisch sind abgesteppte **Voden - Röcke** vorräthig in verschiedenen Farben und Preislagen bis zu den größten Nummern. Abänderung gegen geringe Berechnung.
H. Schanz,
 Damen- und Kinderkonfektion
 König-Karlstraße.

Wohnung
 bestehend aus 1 oder 2 Zimmer mit Küche bis 1. April zu vermieten.
 6) Zu erst. in der Exp.
Wohnung
 bestehend aus 1 Zimmer, Küche, Wohnraum u. Kelleranteil ist zum 1. April zu verm.
Hotel Stähler Brunnen.
Schöne 2 Zimmer-Wohnung
 samt Zubehör auf 1. April gesucht.
 5) Zu erst. in der Exp.
Kautschuk-Stempel
 empfiehlt **S. W. Boll.**

Schuhwaren-Geschäft Wilhelm Lutz,
Schuhmacher, Hauptstraße 117.
 empfiehlt sein gut sortiertes Lager gutgearbeiteter Schuhe u. Stiefel jeder Art für Herren, Damen, Knaben, Mädchen u. Kinder in Sommer- und Winterwaren, in einfachen, sowie feinsten Qualitäten. Ferner empfehle Turnschuhe, Gummigaloshen, Holzschuhe mit u. ohne Filzfutter, Preise billigt. Sorgfältige Ausführung nach Maß. Reparaturen rasch u. billigt.

Café Bechtle, Weinstube
 Vorzögl. alte und neue Weine
 im Ausschank.

Pflaumen und Birnen
 ab frischer Sendung empfiehlt billig
Drogerie Hans Grundner Nachfolg. Hermann Erdmann.

Flaschenbier
 Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel in großen und kleinen Flaschen, direkt vom Lagerfaß in Flaschen abgezogen empfiehlt
Begel, Rennbachbrauerei.

